

Fukushima im Herzen von Deutschland: Reflektionen zur Krisenberichterstattung in Deutschland

Prof. Dr. Alexander Görke

Freie Universität Berlin – Arbeitsstelle Wissenskommunikation/Wissenschaftsjournalismus

Krisen, Konflikte und Katastrophen sind keine Naturereignisse, sondern gerade unter der Bedingung einer umfassenden Medialisierung der Gesellschaft als Resultat von umfassenden Konstruktionsprozessen zu lesen. Der Terminus der Krise fungiert als Sammelkategorie für eine Reihe unterschiedlicher Ereignisse. Krisen existieren nicht unabhängig von der Wahrnehmung eines Beobachters. Sie weisen aber bestimmte Charakteristika auf: Krisen sind unerwartete Bedrohungen, die nicht nur einzelne Werte, sondern den Systemzustand und damit verbundene Kontinuitätsersparungen diffus und unter Zeitdruck in Frage stellen. Zudem sind die zugrunde liegenden Ereignisse durch besonders hohe Aktualität geprägt, das heißt, ihnen wird sowohl ein hoher Informationswert als auch eine große soziale Relevanz bescheinigt. In diesem gesellschaftlichen Konstruktionsprozess kommt dem Journalismus (den so genannten Massenmedien) eine Schlüsselrolle zu, weil die Öffentlichkeit das, was sie über Krisen wie etwa die Reaktorkatastrophe von Fukushima weiß oder zu wissen meint, mangels eigener direkter Anschauung in der Regel aus den Medien erfährt. Damit stellt sich quasi automatisch die Frage nach der Operationsweise und Leistungsfähigkeit der Nachrichtenmedien. Eine sachliche, unaufgeregte, ausgewogene journalistische Krisenberichterstattung könne, so einerseits die Hoffnung, zur Koordinierung von Hilfsmaßnahmen und zur Abwehr von Folgeschäden bzw. zur Prävention künftiger Krisen beitragen. Andererseits kann eine zu zögerliche, zu verharmlosende und beschwichtigende Berichterstattung des Journalismus auch an den Interessen des Publikums widersprechen, sich ein angemessenes Bild der Lage machen zu wollen und rechtzeitig vor drohenden Gefahren gewarnt zu werden. Damit wiederum konfliktiert die Sorge, eine zu kritische Krisenberichterstattung der Medien würde das Publikum verunsichern, Panik schüren und es eventuell in Depression und Erstarrung verfallen lassen. Solche weit reichenden und eher längerfristigen Effekte sind aber wissenschaftlich kaum nachweisbar. Was sich indes zum einen zeigen lässt, ist, dass das Publikum in Krisenzeiten kurzfristig seine Mediennutzung umstellt und anpasst. Zum zweiten lässt sich zeigen, dass die veränderte Medienrezeption mit einer veränderten journalistischen Produktionsroutine interagiert.

Veränderte Mediennutzung und Publikumserwartungen in der Krise

In Krisenzeiten sehen die Menschen mehr fern, hören länger Radio und lesen mehr Zeitung und Internetberichte als sonst. Es kommt aber nicht allein zu einem Anstieg der Mediennutzungszeit, sondern auch zu einer qualitativen Intensivierung der Mediennutzung. Das heißt: Medienangebote werden insgesamt aufmerksamer genutzt und selbst die Nebenbeinutzung von Radio- und Fernsehangeboten dient der Kontrolle, ob wichtige Dinge passieren. Das Publikum möchte alles Wichtige möglichst schnell erfahren. Im Gegensatz zur alltäglichen Mediennutzung verschieben sich hierbei auch Nutzungsprioritäten: weg von Unterhaltungs- hin zu Informationsangeboten. Dies betrifft vor allem die Informationssuche sowie das Priming und Framing. In der Fukushima-Krise hat man in diesem Sinne sehen können, dass japanische Medienkonsumenten vermehrt auch auf die Online-Angebote ausländischer Medien (wie z.B. Bild.de) zugegriffen haben. Da die Medien in Krisenzeiten naturgemäß über die Krise, deren Ursache und deren Folgen berichten, werden diese Informationen die Entscheidungen und Urteile des Publikums stärker prägen, als sie es in normaler Nachrichtenlage tun würden (priming). Zudem werden Informationen, die nichts mit der Krise zu tun haben, in deren Lichte gesehen

(framing). Sowohl das Priming als auch das Framing steigern die Chance dafür, dass beim einzelnen Mediennutzer persönliche Betroffenheit entsteht, so genanntes Involvement. Das wiederum verändert die Verarbeitung von Medieninformationen. Auf beide Aspekte werde ich an späterer Stelle zurückkommen.

Veränderungen der Mediennutzung betreffen jedoch nicht allein die Intensität der Nutzung und die Wahrnehmung aktueller und vergangener Ereignisse, sondern auch die Gefühlskultur der Informationsverarbeitung. Nicht nur das Denken, sondern auch das Fühlen des Medienpublikums unterliegt demnach krisenspezifischen Modalisierungen. In Krisenzeiten verändert sich der Medieneinfluss auf die Gefühlslage in Bezug auf zwei Punkte: Zum einen wird es mehr Informationen geben, die das Publikum in Erregung versetzt. Hier spielen vor allem Bilder aus Krisenregionen eine Rolle. Zum anderen werden negative Bewertungseinflüsse wahrscheinlicher. Die entstandene Erregung wird öfter mit Bedrohung, möglichem Schaden, Gewalt oder sogar Tod in Zusammenhang gebracht. So entstehen beim Publikum vornehmlich negative Gefühle wie Trauer, Angst oder Wut. Aber eben auch Mitleid, Anteilnahme und Bewunderung (nicht zufällig titelte die Illustrierte *stern* „Stolz, diszipliniert, leidensfähig, selbstlos. Das unglaubliche Volk. Wie Kultur und Katastrophen die Mentalität der Japaner prägen“)

Journalistische Krisenkommunikation

Journalisten bringen Krisen vor allem deshalb viel Aufmerksamkeit entgegen, weil sich ihnen eine Fülle von Nachrichtenfaktoren zuschreiben lassen. Ob Ereignisse als relevante Krisen eingestuft werden (oder weitgehend unbeobachtet bleiben), hängt u. a. von der Veränderung von Quantitäten (Opferzahlen, Schadensausmaß), vom Grad der Betroffenheit (des Landes und/oder ausgewählter Bürger dieses Landes), der Möglichkeit zur Personalisierung des Geschehens (Entscheider, Betroffene, Verantwortliche), der Beteiligung von Elitenationen (westliche Industrienationen versus Dritte Welt), dem Ausmaß, mit dem gegen geltendes Recht (Umwelt-, Sicherheits- und Bauauflagen) oder ethische Werte (right-to-know) verstoßen wird, dem Grad der Visualisierbarkeit des Geschehens, der Überraschung und der religiösen, politischen, kulturellen und ökonomischen Distanz bzw. Nähe ab. Diese Routinen der Selektion und Konstruktion von Nachrichten sind vor allem dann hilfreich, wenn Journalisten wie anlässlich der Fukushima unmittelbar nicht auf verbindliches Wissen zurückgreifen und mehrfach gesicherte Informationen zurückgreifen können, sondern sich wie Akteure aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit auch in einer umfassenden Situation des Nicht-Wissens orientieren müssen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich zunächst zeigen, dass sich für die deutschen Medien eine ganze Reihe von Faktoren ergeben, über Fukushima zu berichten. Beide Länder teilen eine gemeinsame Geschichte (2. Weltkrieg), den Aufstieg zu führenden Industrienationen, einen gemeinsamen Prosperitätsmythos und die Ablehnung der militärischen Nutzung der Kernenergie. Vor dem Hintergrund der jeweils in den Ländern wichtigen Werte kann man fast sagen, Deutschland und Japan fungieren für einander (wenngleich zeitlich und räumlich versetzt) als Rollenvorbild. Unterschiede zwischen den beiden Ländern betreffen etwa die Einschätzung der zivilen Nutzung der Kernenergie. So gibt es in Deutschland – anders als in Japan – eine lange, bis in die 70er Jahre zurückreichende Tradition von Anti-Atomkraftbewegungen, die eine friedliche Nutzung der Kernenergie ablehnen. Differenzen ergeben sich auch hinsichtlich der Berichterstattungsroutinen: Während die Krisenberichterstattung der japanischen Medien über Fukushima wesentlich durch einen strikt (und manche meinen: überzogenen) informationsjournalistischen Duktus geprägt gewesen zu sein scheint, wurde in Deutschland ergänzend auch auf traditionell vergleichsweise starke kritische und investigative journalistische Berichterstattungsmuster und Traditionen zurückgegriffen. Hieraus ergeben sich dann auch unterschiedliche

Einschätzungen dessen, welche Informationen man wann dem Publikum zugänglich machen kann. Während etwa in Deutschland schon im März an Hand von Experteneinschätzungen das Publikum darüber informiert wurde, dass in Japan aller Wahrscheinlichkeit eine Kernschmelze stattgefunden hat, erreichte diese Nachricht die Japaner durch ihre Medien erst Anfang Mai.

Gleichfalls in diesen investigativen Traditionen des deutschen Journalismus kann man den Umstand begründet sehen, dass in der deutschen Berichterstattung vergleichsweise schnell die Frage nach Verantwortlichen und Schuldigen an der Fukushima-Katastrophe aufgeworfen wurde. In diesem Sinne tendieren deutsche Medien in ihrer Berichterstattung früher und kritischer als japanische Medien dazu, die Reaktorkatastrophe von Fukushima auch als Krise zu beschreiben, die sich aus dem gesellschaftlichen Umfeld erklärt. Ist dies der Fall wird aus einer punktuellen und singulären Krise eine Mehrsystemkrise. Eine Mehrsystemkrise wie die Reaktorkatastrophe von Fukushima bedroht in diesem Sinne nicht nur den Bestand einer einzelnen Stadt oder Region, sie lässt sich gleichzeitig als Krise des Wirtschaftssystems (Stagnation des Wirtschaftswachstums, ausbleibende Investitionen in die Reaktorsicherheit) auffassen, hinterfragt das nationale (Versagen Regierung, der Atomaufsicht) System des politischen Krisenmanagements, sie fokussiert ferner das eingelebte Anspruchsniveau der betroffenen Bürger (sichere Versorgung mit Energie aus Atomkraftwerken bei gleichzeitiger Gefährdung durch die geographische Lage dieser Kraftwerke in einem erdbebenreichen Gebiet) und wirft schließlich ein (kritisches) Schlaglicht auf Konsensstrategien zwischen Kernkraftbetreibern, Politikern und Journalisten, die diese Probleme zu lange der Öffentlichkeit vorenthalten haben.

Phasen und Rahmenbedingungen der Krisenberichterstattung

Journalismus erfüllt eine Synchronisationsfunktion, indem er – wenngleich nur momenthaft – die Selbstbeobachtung der Gesellschaft ermöglicht. Den von Journalismus fremdbeobachteten Teilbereichen der Gesellschaft (z.B. Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Religion) werden auf diese Weise neue, überraschende, außerplanmäßige und gerade deshalb oft kreative Einsichten in das eigene Handeln eröffnet und zugemutet. In diesem Sinne fungiert Journalismus als Metronom der Weltgesellschaft. Allerdings gibt es wohl kaum einen Beobachterstandpunkt außerhalb des Journalismus, von dem aus der Umgang der Journalisten mit Krisen nicht mindestens als problematisch und ambivalent, zuweilen sogar als katastrophal eingestuft wird: Dass es etwa Politiker und Unternehmer nicht kalt lässt, wenn in der Öffentlichkeit wirtschaftliche oder politische Krisen nach journalistischen Selektionskriterien verhandelt werden und sie hierbei als personalisierte Verantwortliche den Kopf für systembedingte Zwänge hinhalten müssen, lässt sich denken. Dass die krisenjournalistische Transformation von Katastrophen wie Fukushima in gesellschaftliche Mehrsystemkrisen mögen einzelne (betroffene) Politiker, Bürokraten oder Unternehmer unangemessen finden. Im Ganzen betrachtet werden damit relevante Gesellschaftsbereiche, gesellschaftliche Entscheidungsträger und ihre Eigeninteressen unter Zugzwang gesetzt, auf neue Herausforderungen adäquat zu reagieren oder zumindest zu rechtfertigen, warum dies aus ihrer Sicht nicht erforderlich ist. Aus beiden kann die Öffentlichkeit dann ihre Schlüsse ziehen. Aus der Art und Weise, wie Gesellschaften mit Krisen umgehen, kann man mit anderen Worten auch ablesen, wie Gesellschaften lernen oder eben dies unterlassen. Allerdings gilt auch: Lernen ist zuweilen ein schmerzhafter Prozess.

An Hand unterschiedlicher Anlässe (Hurrikan Katrina, die Tsunami Katastrophe in Südostasien, die Reaktorhavarie von Fukushima) lässt sich ferner beobachten, dass journalistische Krisenkommunikation oft einem bestimmten Schema folgt. Insgesamt lassen sich fünf Phasen (Monopolisierung, Dominierung, Normalisierung, Marginalisierung, Re-Aktualisierung) beobachten. Die Phase der Monopolisierung ist demnach durch

den Live-Charakter der Berichterstattung, viele externe Experten, Rund-um-die-Uhr-Berichterstattung geprägt. In der Phase der Dominierung werden zunehmend auch andere Themen wieder auf die öffentliche Agenda gesetzt und die Sendezeit, die für Krisenberichterstattung zur Verfügung gestellt wird, ist deutlich reduziert. Allerdings werden auch in dieser Frage zunehmend Fragen nach den Hintergründen der Krise aufgeworfen. Auch weil das Publikum nicht nur wissen will, was der Fall ist, sondern auch was hinter den Fakten steckt. Die Phasen der Normalisierung und Marginalisierung markieren gleichsam das (journalistische) Ende des Ausnahmezustands und die Rückkehr zu eingespielten Nachrichtenroutinen. In Abhängigkeit von neuen Aspekten, die sich als Krise beobachten lassen, oder auch ganz einfach auf Grund des zeitlichen Abstandes (z. B. der Jahrestag einer Katastrophe) kann die unmittelbare Krisensituation in einer Phase der Re-Aktualisierung nach- und aufgearbeitet werden. Insgesamt zeigt sich somit, dass krisenspezifische Mediennutzungsschemata auf Seiten der Rezipienten und krisenspezifischen Produktionsroutinen auf Seiten des Journalismus in Wechselwirkung zueinander stehen.

Journalistische Krisenberichterstattung ist allerdings nicht allein von professionellen Nachrichtenroutinen, krisenspezifischen Produktionsroutinen und damit verbundenen Rezipientenerwartungen und Nutzungsschemata geprägt. Es gibt auch eine Berichterstattung vor der Krise sowie Rahmenbedingungen des Journalismus, die in einzelnen Ländern unterschiedlich sind. Diese Kontextbedingungen können technologischer, wirtschaftlicher, kultureller, politischer und sogar situativer Art sein. Daher wird etwa die deutsche Fukushima-Berichterstattung nicht allein auf Grund journalismusinterner, sondern auch journalismusexterner Faktoren verständlich. Die Art und Weise, wie deutsche Medien über die Reaktorhavarie von Fukushima berichtet haben, kann daher nicht losgelöst von dem Umstand betrachtet werden, dass nahezu die letzten 40 Jahre der bundesdeutschen Innen- und später Umweltpolitik mal mehr mal weniger deutlich von der Auseinandersetzung über die friedliche Nutzung der Kernenergie geprägt gewesen sind. Dies gibt den Kontext vor, in den die aktuelle deutsche Krisenberichterstattung über Fukushima einsortiert wird. Eine weitere (politische) Rahmenbedingung stellte der Beschluss der gegenwärtigen Regierung aus dem Herbst letzten Jahres dar, die Restlaufzeit deutscher Kernkraftwerke zu verlängern. Diese Verlängerung wurde unter anderem damit begründet, dass die Reaktorsicherheit in westlichen Industrieländern besonders hoch sei. Vor diesem Hintergrund verbindet sich deshalb die Berichterstattung über die Fukushima-Katastrophe aus journalistischer Sicht mit der „politischen“ Katastrophe der Regierung nun eine Entscheidung revidieren zu müssen, die man erst ein halbes Jahr zuvor gegen den erbitterten Widerstand der Opposition und weiter Teile der Bevölkerung durch das Parlament gebracht hat. Nachhaltig geprägt wurde die deutsche Fukushima-Berichterstattung schließlich auch durch die anstehenden Landtagswahlen in Deutschland. Wenn der Spiegel also anlässlich einer Reaktorhavarie in Japan mit dem Titel „Das Ende des Atomzeitalters“ aufmacht, erklärt sich dies mit anderen Worten nicht primär mit Blick auf die Situation in Japan oder gar mit Blick auf die Zukunft der Atomkraft weltweit, sondern in erste Linie mit Blick auf die Situation in Deutschland. Zusammenfassend lässt sich demnach sagen, dass in der Krisenberichterstattung in Japan und Deutschland nicht nur Gemeinsamkeiten gibt (z.B. informationsjournalistische Krisenberichterstattung, Berichterstattungsphasen). Vielmehr gibt es auch Differenzen in der Art und Weise, wie japanische und deutsche Medien über die Fukushima-Katastrophe berichtet haben. Diese Unterschiede sind sowohl journalismusintern, wobei auch die jeweils unterschiedlichen Publikumserwartungen eine Rolle spielen, als auch journalismusextern in den Rahmenbedingungen begründet, unter denen Journalisten innerhalb wie auch außerhalb von Krisensituationen in ihren Ländern arbeiten.

(Dieser Bericht entstand anlässlich des Symposiums „Die Katastrophen in Japan und die Rolle der konventionellen und neuen Medien – Ein vergleichender Blick auf die Berichterstattung in Japan und Deutschland“) am 7. Juli 2011 im JDZB)